



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/170

25. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Haben Flüchtlingeparteien Erfolgchancen?	S.1
Neue Walfischfang-Konferenz in Oslo	S.3
Die Schule in der Sowjetzone	S.4
Trotz schöner Gesetze -Wie Flüchtlinge benachteiligt werden-	S.5

Haben Flüchtlingsparteien Erfolgchancen?

O.H. Der Erfolg, den die neue Flüchtlingspartei, der BHE, bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein errungen hat, lässt eine Analyse über die Möglichkeiten eines politischen Zusammenschlusses und die Stärke der Heimatvertriebenen in den anderen Ländern des Bundesgebietes nützlich erscheinen. Zunächst sei festgestellt, dass der BHE bei einem Anteil von 34,9 Prozent Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins nur 23,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, was bedeutet, dass ein Drittel der Flüchtlinge den Parolen dieser neuen Partei nicht gefolgt ist. Die Tatsache, dass die Not der Flüchtlinge und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein weitaus grösser als in den anderen Ländern des Bundesgebietes ist, wie auch der Umstand, dass sie hier noch in großem Maße in geschlossenen Lagern von der übrigen Bevölkerung getrennt leben, hat es der durch praktische Arbeit für die Flüchtlinge noch nicht "belasteten" neuen Flüchtlingspartei leicht gemacht, die verzweifelten Menschen für sich zu gewinnen.

Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, dass Schleswig-Holstein mit insgesamt 942 041 Heimatvertriebenen nur 12 Prozent der Flüchtlinge Westdeutschlands umfaßt, dass es also sowohl zahlenmäßig, als auch in Bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse keinesfalls als Maßstab für das gesamte Bundesgebiet genommen werden kann. Schon die Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni, wo die Zahl der Heimatvertriebenen mit

† 188 292 um fast eine viertel Million höher ist als in Schleswig-Holstein, anteilmässig zur Gesamtbevölkerung aber nur 9,1 Prozent beträgt, haben dem vom Geistlichen Rat Goebel abgeschlossenen Wahlbündnis der Flüchtlingsbewegung mit der Deutschen Reichspartei einen völligen Misserfolg gebracht.

Als Land mit der zahlenmässig höchsten Vertriebenenanziffer von 1 932 551 Personen und fast 28 Prozent der Gesamtzahl der Vertriebenen Westdeutschlands hat Bayern für die Beurteilung der Vertriebenenbewegung eine überragende Bedeutung. Die im November d.J. stattfindenden Landtagswahlen in Bayern werden von den eine eigene Partei anstrebenden Flüchtlingskreisen zweifellos als Gelegenheit zu einer neuen Kraftprobe wahrgenommen werden: Trotz der effektiv hohen Zahl ist aber der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in Bayern mit 21 Prozent bedeutend geringer als in Schleswig-Holstein, was bedeutet, dass auch ihre Erfolgchancen im gleichen geringer sind. Für die Flüchtlingsbewegung in Bayern ist noch der Umstand von besonderer Bedeutung, dass hier 1 309 242 Flüchtlinge, das sind 67 Prozent, sogenannte Volksdeutsche aus dem Auslande, und zwar zumeist Sudetendeutsche sind. Die Sudetendeutschen bilden also schon allein landsmannschaftlich eine besondere Gruppe, und es bleibt abzuwarten, welche Haltung die übrigen in Bayern lebenden Vertriebenen angesichts dieses geschlossenen Blocks einnehmen werden.

In Niedersachsen ist das Flüchtlingsproblem ähnlich wie in Schleswig-Holstein gelagert. Mit einer zahlenmässigen Stärke von 1 851 094 Personen machen die Vertriebenen hier 27 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, bilden also ein beträchtliches Schwergewicht im Lande. Jedoch gibt es in Niedersachsen eine Reihe von Faktoren, welche die Aussichten einer Flüchtlingspartei, deren Gründung sicher nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte, weniger günstig als in Schleswig-Holstein erscheinen lassen. Schon der Umstand, dass ihr prozentualer Anteil um rund 8 Prozent geringer ist, fällt ins Gewicht. Sodann ist die Zusammenballung der Flüchtlinge in Massenlagern und ihr Notstand in Niedersachsen bei weitem nicht so gross wie in Schleswig-Holstein. Von den weiteren Ländern des Bundesgebietes stehen Württemberg-Baden mit einem Flüchtlingsanteil von 18,4 und Hessen mit 15,4 Prozent als Flüchtlingsländer schon beträchtlich zurück, während in allen übrigen Ländern die Chancen einer besonderen Flüchtlingspartei bei Landtagswahlen minimal sind.

Eine andere Frage als die nach den Aussichten einer Flüchtlingspartei ist die nach ihrer politischen Zweckmässigkeit, auch wenn ein Zu-

sammenhang insofern besteht, als eine Partei ohne Chance in jedem Fall auch ohne politischen Sinn ist. Die Zweckmässigkeit einer Partei der Flüchtlinge ist sehr umstritten. ^{Nicht} Umstritten freilich ist ihre Unzweckmässigkeit, falls sie sich nicht zu dem Grundsatz der praktischen Zusammenarbeit mit anderen Parteien bekennt, also im Protest und in der Vereinigung stecken bleibt.

Walfischfang auch fernerhin ohne Deutschland?

Von unserem Skandinavien-Korrespondenten

KRK Oslo, im Juli

Dieser Tage hat sich die Internationale Walfischkommission wiederum in Oslo versammelt. Die 16 Nationen, die der Walfischkonvention von 1947 beigetreten sind, diskutieren Maßnahmen, die für den Schutz des Walbestandes im südlichen Eismeer zu ergreifen sind.

Die Walfischkonvention begrenzt die Zahl der jährlich zu erlegenden Blauwale auf 16.000. Es ist offenbar, dass alle beteiligten Nationen an der strikten Einhaltung der Konvention interessiert sind. Eine Mißachtung dieser Konvention könnte allmählich zur völligen Vernichtung des Walbestandes führen. Sogar die Sowjetvertreter nahmen an den Verhandlungen teil.

Deutschland und Japan sind nach dem Kriege von der Berechtigung zum Walfang ausgeschlossen worden. "Arbeiderbladet", das Blatt der regierenden norwegischen Arbeiterpartei, verlangt, dass am Ausschluss Deutschlands festgehalten werde. Die 18 bestehenden pelagischen Expeditionen und drei Landstationen hätten eine mehr als zureichende Kapazität zur Erreichung der festgesetzten Quote. Der Walbestand vermindere sich eher, als dass er zunehme, weshalb eine Erweiterung der Jagdquote durch Zulassung neuer Interessenten als ausgeschlossen erscheine. Die Welt würde nicht mehr, sondern weniger Fett bekommen, wenn neue Walfischflotten ausführen. Die finanziellen und materiellen Reserven Deutschlands sollten, so meint "Arbeiderbladet", auf anderen Gebieten eingesetzt werden. Norwegens Standpunkt sei nicht von egoistischen Erwägungen bestimmt. Das Land treibe den Walfang nicht zur Selbstversorgung. Seine Schifffahrt und sein Walfischfang seien die Grundlage seiner Exportwirtschaft, und jede Beschränkung des Walfangs würde für Norwegens Wirtschaft verheerende Wirkungen haben. Norwegens Gesichtspunkte seien identisch mit denen, die für den internationalen Wiederaufbau gelten.

Die Diskriminierung Deutschlands durch das Verbot des Walfisch-

fangs dürfte also bestehen bleiben. Diese Diskriminierung müsste nicht durch eine Erhöhung der Fang-Quote, sondern könnte durch eine gerechtere Verteilung der Fang-Berechtigung aufgehoben werden, ohne dass norwegische Interessen entscheidend tangiert werden. Aber von solchen Schritten scheint die Welt noch weit entfernt zu sein. Der Wille, wirtschaftliche Vorteile zu behaupten, die durch politische Machtverhältnissen erreicht wurden, ist schliesslich doch nichts anderes als Egoismus.

Sowjetzonale Schulpolitik

With. Die sowjetzonale Schulpolitik, fälschlicherweise von den SEDisten als Schul-"Reform" bezeichnet, unterscheidet sich in ihren Äusserungen in nichts von den Methoden des dutzendjährigen Reiches, die besonders die höheren Schulen eher zu Propaganda-Anstalten als zu wahren Unterrichtsstätten stempelten.

Als das A und O des Schulunterrichts gilt nicht die Vermittlung soliden Wissenstoffes, sondern die einseitige parteipolitische Beeinflussung. Der Volksbildungsminister Grünberg erliess vor einiger Zeit eine Anweisung, die besonders kennzeichnend für die gesamte Unterrichtsmethode ist: "Der Schulunterricht" - so hiess es darin - "ob Chemie oder Mathematik, ist mit den Kampfaufgaben der FDJ zu verbinden und auf das Deutschlandtreffen zu beziehen". Wenn schon in den exakten Fächern Chemie und Mathematik diese Forderungen gestellt werden, kann man sich ein Bild von dem übrigen Unterricht machen. Von einer sachlichen Behandlung des Lehrstoffes ist denn auch keine Rede mehr.

Einen besonders breiten Raum nimmt im Gesamtunterricht die "Gegenwartskunde" ein, für die man erst kürzlich wieder eine zusätzliche Stunde durch Herabsetzung der wöchentlichen Unterrichtsstunden für Deutsch von 4 auf 3 gewann. Dieser "Gegenwartsunterricht" befasst sich ausschliesslich mit Themen über die "Nationale Front", die "Demokratische Frauenbewegung", die "Aktivistenbewegung" oder es werden Arbeiten über Themen wie "Warum Freundschaft mit der Sowjetunion?", "Warum ist die Sowjetunion das Vaterland der Arbeiter?" u.ä. gestellt. Der Geschichtsunterricht - gleich, ob es sich um klassische oder neuzeitliche Geschichte handelt - ruht ausschliesslich auf den Thesen des dialektischen Materialismus und in den Naturwissenschaften herrschen eindeutig sowjetische Forschungsergebnisse und Theorien vor. Dass sich der Unterricht im Russischen - das als erste Fremdsprache gelehrt wird - besonders

zur Verherrlichung der Sowjetunion eignet, versteht sich von selbst. Selbst die rein musischen Fächer dienen noch der geistigen Bolschewisierung der Schüler, in der Musik, indem an erster Stelle kommunistische Kampflieder gelehrt, und im "Kunstunterricht", indem Propagandaplakate angefertigt werden.

Einen nicht minder breiten Raum im sowjetzonalen Schulwesen nehmen Fragen der Personalpolitik und - damit verbunden - das Spitzeltum ein. Trotz aller Anstellungs- und Aufstiegschancen ist die Zahl der "fortschrittlichen", d.h. linientreuen, Neulehrer immer noch gering, wie andererseits auch der Prozentsatz eingeschriebener SED-Mitglieder unter den "alten" Lehrern weit unter dem Durchschnitt liegt. Das trifft besonders bei den Schulleitern zu. Man ist jetzt dabei, diese unzuverlässigen, weil innerlich noch unabhängigen Männer durch überzeugte Anhänger der SED-Linie zu ersetzen. Die Auswahl der neuen Schulleiter erfolgt durch das "Deutsche Pädagogische Zentral-Institut", das dem Volksbildungsministerium unmittelbar unterstellt ist und dem Vertreter aller Massenorganisationen, wie "FDJ", "Freunde der neuen Schule", "Junge Pioniere" usw. angehören.

Dieses Institut hat besonders um die höheren Schulen ein enges Spitzelnetz gezogen, das Lehrer wie Schüler gleichermassen umspannt. In einer Atmosphäre der ständigen Furcht vor Spitzeln kann es naturgemäß zu keiner natürlichen Achtung vor dem Lehrer, noch zu einer vertrauensvollen Aussprache zwischen Lehrer und Schüler kommen. Das aber gerade will man ja auch nicht. Diese vertrauensvollen Gespräche sollen durch "offene Diskussionen" ersetzt werden, durch die angeblich Kritik und Selbstkritik gefördert werden sollen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um ausgelegte Köder. Man schickt z.B. linientreue FDJler vor, die auftragsgemäss Maßnahmen kritisieren, um andere zu verleiten, aus Überzeugung ebenfalls Kritik zu üben. Wehe dem Unvorsichtigen, der hierauf hereinfällt. Überprüfungskommissionen und Säuberungsaktionen folgen.

So schafft man sich die halbgebildeten, sachlich unfähigen und darum besonders existenzbedrohten politischen Fanatiker, ohne die ein totalitäres System nicht leben kann.

Trotz schöner Gesetze

J.S. Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern hat sich beim Beschwerdeausschuss des Bayrischen Landtags über ein Verkommen in Bad Reichenhall beschwert, das einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Bei der Vergebung von Aufträgen für den staatlich subventionierten Bau von 74 Wohnungen hatten zwei Flücht-

lingsfirmen, davon eine aus Bad Reichenhall, die andere aus München, die niedrigsten Angebote eingereicht. Nach den Bestimmungen der Verdingungsordnung hätten diese beiden Firmen zum Zuge kommen müssen. In Wirklichkeit aber wurde der Bau zwei einheimischen, ortsansässigen Firmen übertragen, die unter Verstoß gegen die Verdingungsordnung veranlaßt worden waren, ihre höheren Angebote denen der Flüchtlingsfirmen anzupassen. Der Vorgang wird in seiner ganzen Hinterhältigkeit erst deutlich, wenn man erfährt, dass jeder der beauftragten Bauunternehmer einen Sohn im städtischen Bauausschuss sitzen hat, wo die Aufträge vergeben werden.

Nicht immer geht es um Hunderttausende von DM, wenn die Vertriebenen vor den Einheimischen zurückstehen müssen; manchmal geht es nur um 5 Mark, aber vielleicht werden diese 5 Mark bitterer empfunden als die Hunderttausend des Bad-Reichenhaller Bauausschusses. Man kann auf solche unschöne Dinge stoßen, wenn man nur Urlaubszeit durch das Land streicht. Da gibt es in Nordhessen verlassene Dörfer, in denen Vertriebene ein mehr als aussichtsloses Dasein fristen, immer auf eine Gelegenheit zu einem kleinen Verdienst wartend. Schlecht bezahlte Arbeit bei den Bauern (ein Tag Dreschen mit Verpflegung und 1 Mark Tagelohn) ist das einzige, was den Flüchtlingen bleibt. Dann werden einmal im Jahr vom Gemeindeamt Aufforstungsarbeiten mit einem Tagelohn von fünf Mark ausgeschrieben. Fünf Mark, in der Woche dreissig Mark, das ist für einen Flüchtling in dieser Gegend ein halbes Königreich. Aber die Flüchtlinge freuen sich vergeblich, für diese Arbeiten werden nur Einheimische genommen. Den Vertriebenen bleibt die schlecht bezahlte Bauernarbeit.

Die schönsten Flüchtlingsgesetze helfen nichts, solange sie in diesem Geist gehandhabt werden. Der Fall in Bad Reichenhall ist durch einen Zufall bekanntgeworden, den Flüchtlingen in den nordhessischen Dörfern verhilft aber nicht einmal der Zufall zu einer Publikation, also zu einer Abwendung des ihnen angetanen Unrechts. Wer weiß, wieviel an solchem Unrecht täglich verübt wird und unbekannt bleibt. Niemand darf sich wundern, daß unter solchen Verhältnissen das Vertrauen der Flüchtlinge in die bestehende Ordnung schwer erschüttert wird.